

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Es ist unabdingbar einen Rahmen zu schaffen, in dem Bürger*innenbeteiligung funktioniert. Wir finden es wichtig, dass alle Menschen in Rostock in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden werden und die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Dadurch wird ein Umfeld geschaffen, in dem die Bürger*innen ihre Bedenken äußern, ihre Ideen einbringen, Initiative ergreifen und Regierungen und ihre Vertreter*innen zur Rechenschaft ziehen können.

Bürger*innenbeteiligung bietet Möglichkeiten, die über Wahlen hinausgehen und die das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken können. So können Personen(gruppen) daran gehindert werden, das im Kern positive Format für undemokratische oder polarisierende Zwecke zu missbrauchen. Volt setzt sich dafür ein, dass die Bürger*innen eine aktivere Rolle in der politischen Entscheidungsfindung spielen. Das Video spricht abschließend Punkte an, für die wir uns auch einsetzen wollen!

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

Wir setzen uns als Volt vor allem für die Nutzung von Bürger*innenbudgets und Bürger*innenräten ein, um es Bürgern zu ermöglichen, unabhängig von Wahlen politischen Einfluss auszuüben. Desweiteren unterstützen wir verschiedene Formen von Bürger*innenbeteiligung auf allen politischen Ebenen. Dabei ist es unser Ziel, die politische Teilhabe zu erhöhen. Besonders unterstützen wir Formate, die die Beteiligung von politisch unterrepräsentierten Personen(gruppen) fördern, da wir deren Stimmen bisher (zu) selten im Stadtdiskurs wahrnehmen. Zudem unterstützen wir insbesondere Projekte zur Erhöhung von Klimawandel-Awareness und dem Stadtviertel-übergreifenden Austausch. Generell sind wir aber allen Projekten gegenüber offen, die eine demokratische Grundlage haben und deren Projekte nicht gegen die demokratische Grundordnung gehen. Gewaltfreier Dialog und Transparenz stehen für uns dabei im Mittelpunkt. Wir wollen, dass alle Bürger*innen Rostocks in ihrer Beteiligung wertschätzend inkludiert werden.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Wir sind für ein verpflichtendes Einbeziehen der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, sofern der demokratische Rahmen gewahrt wird. Zudem ist eine transparente Kommunikation wichtig, damit Politiker*innen aller Parteien zur Rechenschaft gezogen werden können und konkret erkennbar ist, wie die Ergebnisse der Beteiligung einbezogen wurden.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Damit in Rostock mehr Bürger:innenbeteiligung genutzt wird, braucht es auch Politiker*innen, die diesen zuhören und nicht einfach nur so tun, wenn ein Wahljahr ansteht. Wir müssen allen Bürger*innen zuhören, die die freiheitliche demokratische Grundordnung wertschätzen. Das fängt bei den Jüngsten an. Um zum Beispiel einen Jugendbeirat effektiv umsetzen zu können, setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit und einen konstruktiven Austausch mit dem Rostocker Jugendring, dem Stadtschülerrat und weiteren Jugendorganisationen Rostocks. Zusätzlich wollen wir auch den Austausch mit dem Landesjugendring fördern, um Best Practices aus den anderen Städten in MV mit umzusetzen. Des Weiteren wollen wir einen Ausbau der Workshops und Planspiele im Rathaus fördern. Diese Events müssen weiter genutzt werden, um die politische Bildung von jungen Menschen zu ermöglichen. Doch nicht nur vor Ort sollte Wissen vermittelt werden. Eine aktive Einbeziehung und Wissensvermittlung muss auch über Social Media geschehen. Themen wie der politische Alltag im Rathaus oder die aktuellen Projekte müssen verstärkt auch auf Social Media ihren Platz finden, um junge Menschen für den politischen Alltag zu begeistern. Wichtig ist jedoch, die Kinder und Jugendlichen mit in den Prozess zur Entwicklung von Beteiligungsmöglichkeiten einzubeziehen.